

**Stadt Karlsruhe
- Ortsverwaltung Neureut -**

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des ORTSCHAFTSRATES

am **29. Januar 2019** (Beginn **19.00** Uhr; Ende **20.30** Uhr)

im **Rathaus Neureut, Sitzungssaal**

Vorsitzender: **Ortsvorsteher Achim Weinbrecht**

Zahl der anwesenden Mitglieder: **18** (Normalzahl **20** Mitglieder)

Namen der **nicht anwesenden** Mitglieder:

Martina Weinbrecht (V)
Karin Heidke (V)

Schriftführerin: **Annette Gerold**

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: **Hauptamtsleiter Thomas Jäger**
Rechnungsamtsleiter Axel Grether
Bauamtsleiterin Patricia Lükking

Zu TOP 1: **Erik Fillies, Stadtplanungsamt**
Thorsten Metz, stellv. Abteilungsleiter,
Straßenverkehrsbehörde, Stadt Karlsruhe

Zu TOP 2: **Torsten Steimer, Sozial- und**
Jugendbehörde, Schulsozialarbeit, Stadt
Karlsruhe

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, dass
1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **16.01.2019** ordnungsgemäß eingeladen, und
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am **24.01.2019** ortsüblich
bekannt gemacht worden ist.

Hierauf wurde in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:
Die Beschlussfähigkeit des Gremiums wurde vor der Behandlung des jeweiligen
Tagesordnungspunktes festgestellt.

*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert
mit Entschuldigung, (U) = unentschuldig ferngeblieben, angegeben.

Zu Punkt 1 der T.O.: **SPD-Antrag zur Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereichs in der Theodor-Fontane-Straße zwischen Erich-Kästner- und Alter-Friedrichstraße.**
Hier: Stellungnahme der Fachdienststellen
(Stadtplanungsamt/Ordnungsamt)

Zu diesem TOP begrüßt der Vorsitzende die Herren **Erik Fillies** vom **Stadtplanungsamt** sowie **Thorsten Metz** von der städtischen **Straßenverkehrsbehörde** recht herzlich.

Die Idee der Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereichs sei grundsätzlich sehr gut, jedoch die Theodor-Fontane-Straße der falsche Standort dafür – so wertet Erik Fillies vom Stadtplanungsamt Karlsruhe den Antrag der SPD-Ortschaftsratsfraktion zur Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereiches in der Theodor-Fontane -Straße, um den dort lebenden Kindern Spielmöglichkeiten zu eröffnen.

Und er führt dazu, wie auch sein Kollege vom städtischen Ordnungsamt, Thorsten Metz, die Gründe an. Die Fachleute geben hierzu sowohl Erläuterungen zur Verkehrssystematik in Neureut wie auch zu den rechtlichen Grundlagen.

Erfolge die Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereiches, werde der Verkehr auf andere Straßen des Wohngebietes ausweichen. Und so sei auch ein Verdrängungseffekt zu befürchten, der den öffentlichen Spielplatz in der Ina-Seidel-Straße benachteilige, betont Fillies. Der Fachmann schlägt deshalb vor, dass man - wenn überhaupt, dort im Bereich des Spielplatzes über einen verkehrsberuhigten Bereich nachdenken könne. Dafür seien dann jedoch größere Umbaumaßnahmen erforderlich.

Im Anschluss liefert der stellvertretende Abteilungsleiter der Straßenverkehrsbehörde der Stadt Karlsruhe, Thorsten Metz, noch grundsätzliche Ausführungen zur Einrichtung von verkehrsberuhigten Bereichen, wie Anordnungserfordernisse, Rechtsgrundlagen oder auch Verwaltungsvorschriften. Dabei unterstreicht er auch, dass sich die ohnehin schon recht hohen Hürden für eine solche Einrichtung in den letzten Jahren weiter verschärft haben. Beispielsweise sei sehr geringer Verkehr ebenso ein Kriterium wie das Verkehrsaufkommen und eine besondere Gestaltung. So müssen die mit dem entsprechenden Zeichen 325.1 gekennzeichneten Straßen durch ihre besondere Gestaltung den Eindruck vermitteln, dass die Aufenthaltsfunktion überwiegt und der Fahrzeugverkehr eine untergeordnete Bedeutung hat. In der Regel wird ein niveaugleicher Ausbau für die ganze Straßenbreite erforderlich sein.

In der Vergangenheit sind in Karlsruhe einige bereits vorhandene verkehrsberuhigte Bereiche gar wieder rückgebaut worden bzw. werden noch aufgehoben.

Bei dem von der SPD-Ortschaftsratsfraktion angeführten „Freiburger Modell“, wo unter anderem auf einen niveaugleichen Ausbau verzichtet wurde und es keine Gehwege gibt, sorgen Poller und andere Baumaßnahmen in der Wohnstraße für eine Kennzeichnung. Dieses Modell sei aber nicht rechtskonform, weist Metz in diesem Zusammenhang hin. Die Beantwortung einer entsprechenden Anfrage an das Ministerium, ob eine solche Ausnahmeregelung auch in Karlsruhe praktiziert werden könne, stehe noch aus, so Metz. Allerdings sei davon auszugehen, dass dies negativ beschieden werde.

Für die antragstellende **SPD-Ortschaftsratsfraktion** bedankt sich **Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber** herzlich für die sehr fundierten Ausführungen. Zum befürchteten Verdrängungseffekt habe sie nach eigener Beobachtung um die Mittagszeit, als die Kinder von der Schule kamen, in einer halben Stunde nur drei durchfahrende Autos gezählt. Deshalb sei ein erster wichtiger Punkt, den Verkehr in dem Bereich in Spitzenzeiten zu messen, um entsprechende Zahlen zur Verfügung zu haben.

Die Antwort auf das Freiburger Modell sei abzuwarten, wobei ein niveaugleicher Ausbau nicht zwingend, wie ausgeführt, erforderlich sei. Wie dies in Freiburg praktiziert werde, würde schon dazu führen, dass es eine Unterscheidung zu einem normalen Straßenbild gebe und dieser Bereich deutlich abgehoben und als Spielstraße erkennbar sei. Eine Verbesserung der Situation für die dortigen vielen Kinder sei in diesem engen Straßenabschnitt sehr sinnvoll.

Bei einem Gespräch mit dem neuen Baudezernenten Daniel Fluhrer habe dieser signalisiert, er sei dafür grundsätzlich aufgeschlossen, wenn die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen.

Ortschaftsrat Hubert Kast zeigt sich schockiert bezüglich der zuvor dargestellten rechtlichen Möglichkeiten von Bürgern, Vorgaben in Frage zu stellen und damit gegen bestimmte Verkehrszeichen vor Gericht zu gehen. Dazu erläutert Metz ein aktuelles Beispiel.

Fraktionsvorsitzender Dieter König sagt Dank für den fundierten und informativen Vortrag: Man werde jede sinnvolle Maßnahme, die geeignet sei, die Verkehrssicherheit zu erhöhen, unterstützen. Jedoch halte man es für

unangemessen, für die kurze Strecke umfangreiche Umbauten zu tätigen, wies er auch im Hinblick auf die hohen Hürden hin, die leider kaum die Einrichtung einer verkehrsberuhigten Zone ermöglichten. Zudem könnte es auch zu einer trügerischen Sicherheit für die Kinder kommen, machte er aufmerksam.

Für seine Fraktion nimmt **Vorsitzender Karsten Lamprecht** die Stellungnahme zur Kenntnis.

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat nimmt die Stellungnahme der Fachdienststellen (Stadtplanungsamt/Ordnungsamt) zur Kenntnis.

Zu Punkt 2 der T.O.: **Bericht zur Schulsozialarbeit insbesondere im Ortsteil Neureut durch die Sozial- und Jugendbehörde, Sozialer Dienst, Schulsozialarbeit** **Hier: mündlicher Vortrag**

Herzlich willkommen heißt der Vorsitzende **Torsten Steimer** vom **Sozialen Dienst** zu diesem TOP. Beratung und Unterstützung von Schüler, Eltern und Lehrkräften in schulischen Problemsituationen seien Grundzüge und Aufgabenschwerpunkte der Schulsozialarbeit - diese stellt Torsten Steimer, Teamleiter Schulsozialarbeit beim Sozialen Dienst der Stadt Karlsruhe, dem Gremium an diesem Abend vor. Eng kooperiert werde dabei mit der Jugendhilfe und den bestehenden Hilfseinrichtungen. Die jungen Menschen sollen unter anderem in ihrer individuellen, sozialen, schulischen und beruflichen Entwicklung gefördert werden. Bildungsbenachteiligungen sollen vermieden oder abgebaut sowie die Integration in den schulischen Alltag gefördert werden, um Abbrüche in der Schullaufbahn zu vermeiden. Die Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe soll nachhaltig gestärkt und nachhaltige Bildungs- und Erziehungskooperationen zwischen -Schule und Jugendhilfe aufgebaut werden.

An 63 Schulen sei die Fachabteilung im Stadtbereich tätig, darunter auch an den fünf Neureuter Schulen – den drei Grundschulen, der Realschule und dem Gymnasium, zählte Steimer auf. Generell sei dabei ein Sozialarbeiter mit einer 50%-Stelle vorhanden. Die derzeit vakante Stelle an der Südschule hoffe man noch in diesem Jahr neu besetzen zu können, gibt der Teamleiter bekannt.

Bei den Projekten bzw. Vernetzungskonzepten werde versucht, Jugendhäuser und Vereine miteinzubeziehen. In Neureut funktioniere, so Steimer, die Kooperation aller Beteiligten sehr gut.

Ortschaftsrat Detlef Hofmann will im Hinblick auf die im Doppelhaushalt genehmigten 7½ Stellen für Schulsozialarbeit wissen, wie der Bedarf hier abgedeckt werden könne? Es gebe eine städtische Prioritätenliste und er wolle deshalb konkret erfahren, wie die Schulen in Neureut da stehen. Gerade im Schulzentrum könne er sich vorstellen, dass der ein oder andere Bedarf vorhanden sei.

Im Sommer sei der flächendeckende Ausbau abgeschlossen, erklärt Steimer. Zum Schuljahr 20/21 sei der bedarfsgerechte Ausbau vorgesehen. Zu berücksichtigen ist dabei unter anderem Schüler-, Klassen-, Lehrerzahlen, Lage aber auch die Sichtweise der Schulen, betont er. Wenn man Neureut ansehe, müsse man, seiner Meinung nach, sehr zufrieden sein. Es sei gut gesattelt und es existiere eine gute Zusammenarbeit mit den Schulleitungen, Eltern und Elternvertretern. Die großen Problemlagen seien hier nicht vorhanden – und das ist positiv!

Für ihre Fraktion begrüßt **Ortschaftsrätin Brigitte Schmider**, die auch die Anregung zur Behandlung der Thematik lieferte, die Einrichtung der Schulsozialarbeit an den Neureuter Schulen sehr. Sie halte diese Arbeit für besonders wichtig und wertvoll - gerade als vertrauenswürdiges Bindeglied zwischen Schülern, Eltern und Lehrern. Dies trage zur Stärkung der sozialen und schulischen Kompetenz von Kindern und deren Entwicklung bei, aber ermögliche auch Hilfemöglichkeiten für die Eltern und Unterstützung der Lehrer. Brigitte Schmider dankt deshalb allen Beteiligten dafür. Man hoffe, dass die Schulsozialarbeit auch künftig gesichert und die Gelder dafür von Stadt und Land zur Verfügung gestellt werden. Damit könne auch der Schulsozialarbeit die gebührende Anerkennung zukommen.

Fraktionsvorsitzende Dr. Dorothea Hansis ist sehr beeindruckt von der Vielfalt der Aufgabenschwerpunkte und der Ziele. Die einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern müssten unglaublich viele Themen bei der Schulsozialarbeit abdecken.

Auf ihre Frage, ob große Probleme mit Mobbing durch soziale Medien existierten, führt Torsten Steimer an, dass dies ein großes Thema sei. Heute gebe es Grundschulen mit nahezu hundertprozentiger Smartphonedichte. Es sei es ein sehr junges Thema mit allen Risiken, Vor- und Nachteilen, die diese Medien mit sich bringen. Smartphones stünden zu jeder Zeit zur Verfügung, um Cybermobbing stattfinden zu lassen – das sei ein großes Problem. Man müsse sich gemeinschaftlich diesem Thema stellen. Hier unterstütze man die Schule dabei, wie

ein gelungenes Medienkonzept aussehen könne. Es funktioniere nicht, dies einfach zu verbieten, so die Meinung Steimers. Vielmehr müsse man einen gelungenen Umgang damit vermitteln. Die Problematik müsse auch im Unterricht aufgegriffen werden. Dafür habe die Schulsozialarbeit Honorarkräfte an der Hand, die medienpädagogisch fit seien, weil die Entwicklung so rasant verlaufe. Die Schulsozialarbeit stelle sich mit viel Engagement diesem Thema, weil man denke, dass dies auch auf andere Bereiche übertragbar sei, sagt er.

Sehr froh über die Unterstützung durch die Schulsozialarbeit für Lehrer, Eltern und vor allem für die Schüler ist **Ortschaftsrätin Irene Moser**. Sie sagt einen herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen, die vor Ort die schwierige Arbeit machen. Sie sei froh, dass man fraktionsübergreifend die Stellen im Gemeinderat für Schulsozialarbeit frei machen konnte, obgleich es nicht einfach sei, hier Personal zu finden. Sie hoffe jedoch, dass diese schnellst möglich nach Bedarf in den einzelnen Schuljahren besetzt werden können. Es sei gut, dass man in Neureut mit Schulsozialarbeit gut ausgestattet sei, meint sie. Bei Bedarf werden sich die Neureuter Rektorinnen und Rektor sicher melden, ist sich Moser sicher.

Für die seine Fraktion dankt **Ortschaftsrat Steffen Seibert**, ebenso wie die vorherigen Rednerinnen und Redner, für die bei der Schulsozialarbeit geleistete Arbeit. Hier sei ein „bunter Strauß“ zu bewältigen, wobei vielen gar nicht bewusst sei, was hierbei geleistet werde.

Besonders wichtig sehe man die Unterstützung der Lehrkräfte, damit sich diese auf die Wissensvermittlung konzentrieren können. Es sei auch schön zu erfahren, dass die Schulen in Neureut nicht so im Brennpunkt stehen, sondern hier die Welt noch einigermaßen in Ordnung sei. Seine Fraktion hoffe, dass dies so bleiben möge!

Ortschaftsrat Harald Denecken regt an, in einer nächsten Runde die Kolleginnen und Kollegen, die in den Neureuter Schulen tätig sind, im Ortschaftsrat einmal kennenzulernen und vorzustellen.

Dies sichert Torsten Steimer auch zu. Man habe sich sehr über die Einladung gefreut, die Schulsozialarbeit im Ortschaftsrat vorstellen zu können, schließlich feiere sie im kommenden Schuljahr das 20 jährige Jubiläum. Man sei sehr froh, wenn man in Dialog treten könne – er werde die dankende Worte aus dem Ortschaftsrat an die Kollegen und Kolleginnen weitergeben, so Steimer abschließend. Er sei sicher, dass diese sich freuen werden, in Kontakt mit dem Ortschaftsrat zu kommen.

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat nimmt die Bericht zur Schulsozialarbeit insbesondere im Ortsteil Neureut durch die Sozial- und Jugendbehörde zur Kenntnis.

**Zu Punkt 3 der T.O.: Benennung der nördlichen Zufahrt zum Bundeswehrlager in Neureut-Kirchfeld
schriftliche Vorlage Nr. 135/2019**

Ein einstimmiges Votum erteilt das Gremium einem Vorschlag der FDP-Ortschaftsratsfraktion, die nördliche Zufahrt zum Materiallager 2 der Bundeswehr in Kirchfeld „Labor-Service-Weg“ zu benennen.

Im Vorfeld hatte das städtische Liegenschaftsamt um Entscheidung bzw. Vorschlag des Ortschaftsrates gebeten, der Zufahrt zum Bundeswehrlager ein Namen zu geben. Dazu hat der Vorsitzende in der Sitzung darauf hingewiesen, dass in der Vergangenheit einvernehmlich zwischen Gemeinde- und Ortschaftsrat die Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen erfolgt sei. Der Weg zum Bundeswehrlager werde noch über Jahre hinaus Bestand haben, verdeutlicht er. Deshalb sei es auch für die Bundeswehr notwendig, dieses Stück mit einem Straßen- bzw. Wegenamen zu versehen. In diesem Zusammenhang ist auch auf die städtische Vormerkliste für Straßenbenennungen, die in aktueller Form vom Gemeinderat beschlossen wurde, verwiesen worden.

Eine Benennung nach Adam Remmele, dem Politiker, Minister und Staatspräsident im Land Baden, der 1948 zum Ehrenbürger der Stadt Karlsruhe ernannt wurde und 1951 in Freiburg verstarb – so der Wunsch der Bundeswehr zur Namensgebung, ist seitens der SPD-Gemeinderatsfraktion abgelehnt worden.

Und auch Ortsvorsteher Achim Weinbrecht betont, es sei nicht gerade angebracht, eine solche Person mit einem „Miniweg“ zu würdigen. Dem schloss sich das Gremium an. Es war sich einig, dass der Weg zu geringe Bedeutung hat, um den zu ehrenden Persönlichkeiten der Vormerkliste gerecht werden zu können.

In der Sitzung diskutieren die Politikerinnen und Politiker einen alternativen Vorschlag, der nicht zwingend aus der städtischen Vormerkliste kommen müsse.

Für die CDU-Ortschaftsratsfraktion macht eingangs **Ortschaftsrat Herbert Böllinger** den Vorschlag, sich an den Wegen der Umgebung zu orientieren und die Zufahrt „Kirchfelder Allee“ zu nennen.

Vom **Fraktionsvorsitzenden Dieter König** kommen zwei Vorschläge, nämlich einen Gewannnamen zu wählen oder – so der später einstimmig beschlossene – das Stück „Labor-Service – Weg“ zu nennen. Erinnert soll dabei an die Unterstützungseinheiten für die US-Armee werden, die in den 50-er Jahren des letzten Jahrhunderts in

diesem Bereich stationiert waren. Dazu erläutert Dieter König, dass in der Neureuter Labor Service Kaserne Fernmeldeeinheiten und Pioniereinheiten mit deutschem Personal stationiert gewesen seien. Aufgebaut wurden diese Labor Service Einheiten nach dem II Weltkrieg mit ehemaligen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen. Bei der Berliner Luftbrücke 1948 haben dann diese Einheiten wichtige Transportaufgaben in Berlin und Frankfurt übernommen. Wie auf der städtischen Internetseite zu lesen ist, hat 1950 die US Militärregierung das Gelände – wo in etwa das heutige Seniorenzentrum steht – beschlagnahmt und eine Kaserne aufgebaut! Das deutsche Personal wurde zu einem großen Teil aus der Oberpfalz rekrutiert. Viele dieser – „Adenauer“ – wie im Neureuter Sprachgebrauch gesagt wurde, haben in Neureut geheiratet und mit ihren Familien hier ihre neue Heimat gefunden. Übrigens, deshalb „Adenauer“, da es zu dem damaligen Zeitpunkt noch keine Bundeswehr gab, waren das dem „Adenauer seine Soldaten“. Immerhin waren zwei Bataillone Fernmelder und Pioniere mit bis zu 1.000 Mann hier in Neureut stationiert. Rückblickend könne man sicher sagen, dass diese Einheiten wertvolle Aufgaben für die US Army als auch Deutschland übernommen haben. Mit der Benennung in Labor Service Weg halte man die Erinnerung an diese Einheiten als auch an die Angehörigen, die „Adenauer“ aufrecht“.

Ortschaftsrätin Irene Moser erklärt bei der Diskussion den Grund für die Ablehnung des Namens durch die Gemeinderatsfraktion der SPD. Es sei nicht angemessen, diesen Bereich nach Adam Remmele zu benennen und sie führte dazu unter anderem aus, dass er von den Nationalsozialisten verhöhnt wurde. Er sei mit Ludwig Marum 1933 in einer Fahrt in einem offenen Polizeiwagen verspottet worden. Adam Remmele müsste in einer exponierten Lage mit viel Verkehr und Passanten gewürdigt werden, damit er in Erinnerung bleibe und nicht an einem kleinen Wiesenweg.

Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber meint, ihre Fraktion habe sich auf Gustav Zimmermann aus der städtischen Vorschlagsliste geeinigt. Er sei Mitglied des parlamentarischen Rates gewesen. Man könne aber auch mitgehen, das Stück Labor-Service-Weg oder Straße zu benennen.

Ortschaftsrat Hubert Kast betont das Vorschlagsrecht des Ortschaftsrates und signalisierte, auch seine Fraktion könne nach kurzer Beratung den FDP-Vorschlag mittragen.

Nachdem die CDU-Fraktion ihren Vorschlag zurückgezogen und Einverständnis zur Namensgebung „Labor-Service“ gezeigt hat, wird dieser Vorschlag einstimmig beschlossen, da er einen historischen Bezug zur Kaserne und zu Neureut habe.

Es kommt einstimmig zum

Beschluss:

Der Ortschaftsrat schlägt vor, die nördliche Zufahrt zum Materiallager 2 der Bundeswehr in Neureut-Kirchfeld „Labor-Service-Weg“ zu nennen.

Zu Punkt 4 der T.O.: Bekanntgaben der Ortsverwaltung

Dieser TOP wird in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung verwiesen.

Zu Punkt 5 der T.O.: Anfragen und Anregungen aus dem Ortschaftsrat

5.1 Ortschaftsrat Herbert Böllinger

a)

erinnert an einen Antrag der CDU-Fraktion vom Juli 2017, wonach die Verwaltung beauftragt wurde, Verkehrskonzepte zu entwickeln, die eine zusätzliche Verkehrsbelastung Neureuts durch die Schaffung neuer Wohngebiete und die Anbindung der geplanten Rheinbrücke an die B 36 berücksichtigen, wobei dies die bereits jetzt schwerbelastete Welschneureuter Straße als auch den Klammweg etc., besonders betreffe. Im September 2017 sei der Antrag im Ortschaftsrat behandelt worden. Dabei haben sich alle Fraktionen dem Vorschlag des damaligen Ortsvorstehers angeschlossen, die Thematik an die Ausschüsse zu verweisen. Inzwischen habe sich zwar Einiges getan. Der Ortschaftsrat habe Vorschläge unter anderem zur Anbindung eingebracht. Jedoch habe bisher noch keine Beratung durch die zuständigen Verkehrsplaner stattgefunden, wie damals beschlossen. Hierzu wird die Verwaltung gebeten, nachzufragen. Die Planer sollen mit dem Ortschaftsrat zusammentreffen und entsprechende Vorschläge unterbreiten.

b)

es sei in letzter Zeit auffällig, dass in der Willy-Brandt-Allee/Linkenheimer Landstraße Ausfahrt Richtung Norden viele Staus, die sich teilweise bis zur Kreuzung Adenauerring auswirken, entstehen. Dies habe vermutlich mit einer veränderten Ampelschaltung zu tun. Er bittet um Überprüfung, auch aus Gründen des Verkehrsflusses/Umweltschutz.

Dies gelte auch für die Kreuzung Welschneureuter Straße/Neureuter Hauptstraße, wo der Querverkehr von der Hauptstraße durch zu lange Rotlichtphasen behindert werde.

Antworten zu:

a)

Der Vorsitzende geht in diesem Zusammenhang davon aus, dass dies der Wunsch aller Fraktionen sei.

Damit werde der Wunsch bekräftigt, dass der gesamte Ortschaftsrat zumindest die Bemühungen sehen möchte, wie die Konzepte für Neureut aussehen.

Dazu signalisiert der Ortschaftsrat Zustimmung.

b)

Ungeachtet der Tatsache, dass die Ampelanlagen im Bereich Weißes Haus nicht mehr auf Neureuter Gemarkung liegen, wolle man sich generell Ampelschaltungen (Taktung etc.) erklären lassen. Dies solle durch das für die Ampelschaltungen zuständige Stadtplanungsamt geschehen.

5.2

Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht weist hin, dass seit 14. Januar 2019 das Gehwegparken in Karlsruhe geahndet werde. Der Ortschaftsrat habe sich in der Vergangenheit ausführlich mit dem Thema beschäftigt. Nun habe die Ahndung der Falschparker zur Folge, dass sehr viele Parkplätze wegfallen. Daher stelle seine Fraktion den Antrag, das gesamte Thema nochmals aufzugreifen und dementsprechende Ausgleichsmaßnahmen aufzutun. Vor allem werde momentan im Bärenweg das Problem gesehen, was die Hauptausrückfahrt der Feuerwehr sei und momentan die Fahrzeuge auf beiden Seiten der Straße geparkt werden und keine Markierung vorhanden sei. In den Abendstunden sei vor allem hier, wie auch in anderen Straßen des Ortsteils, zu 90% ein Durchkommen für ein Rettungsfahrzeug nicht möglich. In der Hauptausrückstraße müsse besonders schnell Abhilfe geschaffen werden. Das gesamte Thema solle nochmals beleuchtet und Abhilfe geschaffen werden.

Antwort:

Es sei bereits der zweite Antrag zur Thematik, denn heute ging bei der Ortsverwaltung ein nahezu identischer Antrag der FDP-Ortschaftsratsfraktion ein. Ungeachtet dessen habe man nach dem 14. Januar eine Probephase vereinbart, um danach nachzujustieren. Dies sei mit Thorsten Metz vom Ordnungsamt bereits vereinbart. Die Ortsverwaltung gehe jetzt aufgrund der Anträge an das Thema heran. Der Vorsitzende befürchte jedoch, dass eine Aufarbeitung nicht so schnell erfolgen könne, da in Durlach noch die weißen Markierungen angebracht werden und dann erst das Stadtgebiet komplett fertig gestellt sei. Danach gehe es dann an die Nachjustierung. Dazu sei es von Vorteil, wenn Neureut bereits konkrete Vorschläge erarbeiten könne.

Zum Thema Bärenweg hat der Vorsitzende die Feuerwehr bereits vor einem halben Jahr aufgefordert, mitzuteilen, was sie dort wünsche. Bislang seien hierzu keine Vorschläge erfolgt. Vor acht Tagen habe der Vorsitzende die Herren Nagel und Bleich von der Freiwilligen Feuerwehr Neureut abermals darauf angesprochen, wobei diese zusicherten, sich es nochmals zu überlegen. Der Vorsitzende plädiere dort für eine restriktive Maßnahme, entweder durch entsprechende Markierung oder unter Umständen eine Beschilderung.

Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht drängt für diesen Bereich auf eine vernünftige Lösung, auch im Hinblick für die Anwohnenden. Dies sei schwierig zu realisieren, gibt der Vorsitzende zu bedenken und weist auf ein Beispiel aus Durlach – Aue hin, bei dem ein rechtswidriges Schild mit „Einsatzkräfte frei“ wieder entfernt werden musste.

5.3

Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber informiert, sie habe bereits für den Bereich Am Zinken angefragt, ob man auf den breiten Gehwegbereichen Aufzeichnungen machen könne. Damals habe sie die Auskunft bekommen, dies sei nur möglich, wenn es durchgängig die ganze Straßenlänge betreffe, was dort nicht der Fall sei. Sie fragt nach der Grundlage nach.

Antwort:

Bei der Grundlage handelt es sich um eine Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung.

5.4**Fraktionsvorsitzender Dieter König****a)**

begrüßt, dass die Verwaltung bei der Thematik Gehwegparken aktiv werden wird und schlägt zur Beratung vor, einen Arbeitskreis zu bilden. Es bestehe bei der Thematik absoluter Handlungsbedarf.

b)

Beim Adolf-Ehrmann-Bad bittet er für den Saunabereich, wo Lesezirkel und „Neureuter Nachrichten“ ausgelegt worden sind, die „Neureuter Nachrichten“ weiter zur Verfügung zu stellen.

Antwort:

Zu b)

Dies könne dem entsprechenden Kollegen ausgerichtet werden.

Der Vorsitzende

Die Protokollführerin

Die Urkundspersonen: